

Rede zum Tag der politischen Gefangenen

Antifa Würzburg

Würzburg, 18. März 2021

Der 18. März als Tag der politischen Gefangenen wird genutzt, um weltweit auf die Lage von politischen Gefangenen und von Repression Betroffenen aufmerksam zu machen und unsere Solidarität mit denen zu zeigen, die selbst nicht auf der Straße sein können. Während antisemitische Verschwörungsideolog:innen weitestgehend ungestört durch die Straßen laufen, nahezu täglich neue rechte Chatgruppen in der Polizei aufgedeckt werden, rechtsextreme Gruppen in der Bundeswehr sich auf einen militanten Umsturz vorbereiten und Todeslisten angelegt werden, lauert die Gefahr am linken Rand. So geraten letztlich alle Kämpfe, die sich für strukturelle und grundlegende Veränderungen einsetzen, in Konflikt mit Staat und Polizei und erfahren Repression, egal ob nun im Dannenröder Forst, bei Kämpfen gegen Gentrifizierung oder bei der nächsten Naziblockade. Linker Aktivismus wird dabei zunehmend kriminalisiert.

Anfang Juli 2020 durchsuchte die baden-württembergische Polizei neun Wohnungen in Stuttgart, Tübingen, Karlsruhe und dem Rems-Murr-Kreis. Anlass der Razzia war der Angriff auf einen faschistischen Treffpunkt am Rande einer Corona-Leugner:innen-Demo in Stuttgart Mitte Mai 2020. Bei dem Angriff wurden mehrere Nazis verletzt, einer davon schwer. Die Behörden ermitteln seitdem mit einer Sonderkommission wegen Landfriedensbruch und versuchtem Totschlag. Allen neun Durchsuchten werfen die Ermittler vor, an der Auseinandersetzung mit den Nazis beteiligt gewesen zu sein. Der Antifaschist Jo sitzt seit der Razzia in Untersuchungshaft in Stuttgart-Stammheim. Diese Durchsuchungswelle ist der größte Angriff der Behörden auf die antifaschistische Bewegung im Südwesten seit Jahren. Er reiht sich in das immer repressivere Vorgehen gegen linke und soziale Bewegungen ein und ist ein Versuch den breiten gesellschaftlichen Widerstand gegen Rechts anhand der Gewaltfrage auseinander zu dividieren.

Ähnliches spielte sich am 05. November letzten Jahres in Leipzig ab, auch dort fanden mehrere Hausdurchsuchungen statt. Hierbei wurde Lina verhaftet und in Untersuchungshaft genommen. Den Beschuldigten wird vorgeworfen an mehreren Angriffen auf Faschisten beteiligt gewesen zu sein, oder sie geplant und vorbereitet zu haben. Zusätzlich wird ihnen vorgeworfen, eine kriminelle Vereinigung nach § 129 StGB gegründet zu haben, deren Ziel es sein soll "Angriffe gegen Personen der rechten Szene durchzuführen". Am 06.11 bestätigte der Bundesgerichtshof den Haftbefehl gegen Lina. In einer Pressemitteilung

bezieht die Generalbundesanwalt sie der taktischen Kommandoführung sowie eine “herausgehobenen Stellung” innerhalb jener Vereinigung eingenommen zu haben. In der bisherigen Berichterstattung wird sie dadurch zur “Anführerin” erklärt.

Wenn Aktivist:innen in Stuttgart und in Leipzig verhaftet (Formeller ausdrücken? Also fände ich persönlich zumindest gut) werden, weil sie im Verdacht stehen den Faschisten die Straße streitig zu machen, geht es dem Staat unmittelbar darum, der praktischen Gegenmacht, die sich in antifaschistischer Militanz ausdrückt, etwas entgegen zu setzen. Außerdem beweist er natürlich auch politisches Gespür, wenn er gleichzeitig ein breites Spektrum bewaffneter und organisierter Faschisten nicht einmal annähernd so gründlich verfolgt. Sie sind schließlich nicht diejenigen, die den Eigentumsverhältnissen und den Privilegien der Herrschenden gefährlich werden könnten, wenn die Krise weiter voranschreitet. Im Gegenteil. Am Samstag den 20. März wird deshalb zu einer überregionalen Demo nach Stuttgart aufgerufen, mit der wir uns solidarisch erklären.

Aber nicht nur durch Repression von Einzelpersonen versucht die Staatsmacht ihr Möglichstes um linken Aktivismus so schwierig wie möglich zu machen und arbeitet weiter an immer strengeren und restriktiveren Gesetzen.

Unter dem Vorwand des Kampfes gegen die extreme Rechte soll mit dem neuen Versammlungsgesetz für NRW die Versammlungsfreiheit massiv eingeschränkt werden. Ursprünglich als Reaktion auf den Nationalsozialismus verherrlichende Naziaufmärsche an Gedenktagen und Erinnerungsorten geplant, ist das neue Versammlungsgesetz für NRW ein einziger autoritärer Albtraum – oder Traum je nach Perspektive – mit dem Potenzial, so ziemlich jede Aktionsform linker Bewegungen zu kriminalisieren und/oder zu verhindern! Die Pflichten für Anmeldende werden verschärft, u.a. sollen sie ihren Namen öffentlich im Aufruf nennen und der Polizei Listen der Ordner:innen liefern. Für Nazis kein größeres Problem, sind sie doch seit den Kameradschaftsverboten in NRW mittlerweile fast vollständig in Parteien organisiert, die es ihnen ermöglichen, ebenso ungeniert wie nahtlos an ihre verbotenen Aktivitäten anzuknüpfen. Für Anmeldende linker Demos ist es hingegen oftmals ein Problem bis hin zu einer realen Gefahr durch extrem rechte Übergriffe, wenn Namen und Adresse bekannt werden. Und auf den Schutz der Polizei NRW, bei der nahezu wöchentlich extrem rechte, in Chatgruppen vernetzte “Einzelfälle” bekannt werden, sollte sich nun wirklich niemand verlassen müssen. Mit dem sogenannten “Militanzverbot” sollen paramilitärische Aufmärsche verhindert werden. Das ist aber bereits jetzt durch Auflagen und andere Gesetze möglich. Neu hinzu kommt nun ein so weit gefasster Begriff eines Auftretens, das “gewaltbereit” wirkt und geeignet ist, “einzuschüchtern”, dass darunter jeglicher Demoblock fallen kann. Zukünftig reicht es also, wenn die Polizei sich eingeschüchtert fühlt, um Demos dann in gewohnter Brutalität aufzulösen. Um Ruhe und Ordnung geht es auch beim neu eingeführten “Störungsverbot”. Das stellt sämtliche Störungsversuche und sogar Aufrufe und Vorbereitungen zu diesen unter Strafe. Künftig können also bereits Blockadetrainings kriminalisiert und verhindert werden

Auch in Niedersachsen wird fleißig an Gesetzen gearbeitet, die antifaschistische Arbeit weiter kriminalisieren und Aktivist:innen noch stärkeren Repressionen aussetzen sollen. Anfang Januar hatte es auf dem Gelände der Landesaufnahmebehörde (LAB) in Braunschweig einen Brandanschlag auf Transportfahrzeuge gegeben, mit angeblicher Antifa-Beteiligung. Daraufhin kündigte der niedersächsische Innenminister Boris Pistorius von der SPD an, die Gemeinnützigkeit von Vereinen überprüfen zu wollen, wenn diese „ihre Ziele mit Straftaten verfolgen würden“. Und auch der Landesvorstand Niedersachsen des Bundes Deutscher Kriminalbeamter forderte eine Überprüfung in wie weit die „linksextremistische Antifa“ mit einem Betätigungsverbot nach Vereinsgesetz zu belegen sei. Nach Gegenwind aus der breiten Bevölkerung wird nun eilig zurückgerudert und dem antifaschistischen Protest eine besonderes wichtige Rolle für die Demokratie zugeschrieben, aber nur solange dieser nicht über friedliches Bratwurstessen gegen Rechts hinausgeht, während Faschist:innen einfach der Rest der Stadt überlassen wird. Antifaschismus geht für die bürgerliche Mitte nicht weiter als Symbolpolitik und alle weiteren antifaschistischen Aktionen werden immer weiter kriminalisiert.

Staatliche Repression von linkem Aktivismus, verbindet Betroffene weltweit. So befand sich Dimitris Koufontinas, der wegen Mitgliedschaft in der Revolutionären Organisation 17. November zu 11 mal lebenslänglich plus 25 Jahren verurteilt wurde, in Griechenland seit dem 8. Januar 2021 im Hungerstreik. Seit Tagen hing sein Leben am sprichwörtlichen seidenen Faden. Nach Wochen, in denen täglich zehntausende Griech:innen für seine Forderung und gegen Polizeigewalt auf die Straße gingen, unterbrach er am 14. März 2021 nach 66 Tagen seinen Hungerstreik. Nachdem er 2018 erstmals Hafturlaub erhielt, wurde schnell angekündigt alle Hafterleichterungen rückgängig zu machen. Mit einem Gesetz das Ende letzten Jahres erlassen wurde verlor er das Recht auf Hafturlaub, der ihm schon seit 2019 unrechtmäßig verweigert wird. Obwohl allen, die mindestens 8 Jahre Haft abgesessen haben, Hafturlaub zusteht. Nur für „Linksterroristen“ gilt dies nicht mehr da nur Linke wegen Terrorismus verurteilt werden. Koufontinas Hungerstreik war ein politischer Akt des Protests und der Notwehr, unterstützt von Zehntausenden, die täglich trotz brutaler Polizeirepression in Athen und anderen Städten demonstrierten. Und er erhielt viel Unterstützung.

Auch über den Gesundheitszustand von Abdullah Öcalan, Gründungsmitglied der PKK und seit über zwanzig Jahren politischer Gefangener der Türkei, gibt es besorgniserregende Nachrichten. Seit dem Wochenende kursiert das Gerücht, er sei im Gefängnis gestorben. Deshalb fordern wir wie der kurdische Europadachverband KCDK-E, Öcalan's Angehörigen und Rechtsbeistand ihr Grundlegendes Recht einzuräumen über seine gesundheitliche Situation Informationen zu erhalten. Aber auch in Deutschland sehen sich Kurdische Aktivist:innen, die gegen die türkische Diktatur kämpfen, wegen ihres Engagements in Rojava aufgrund konstruierter Vorwürfe wie der „Unterstützung terroristischer Vereinigungen im Ausland“ Repression und Verfolgung ausgesetzt. Deutschland kriminalisiert dabei außerdem immer wieder kurdische Vereinigungen und Organisationen und führt damit die strafrechtliche Verfolgung im Interesse von Erdogan fort.

Kritisches Agieren und das Infragestellen der staatlichen Kontrolle führen zu Repressionen, die Betroffene weltweit miteinander verbinden. Seien es die bereits genannten Fälle, oder der Fall des katalanischen Rappers Pablo Hasel, wegen angeblicher Königs- und Präsidentenbeleidigung in seinen Songtexten, oder die Proteste gegen den Militärputsch in Myanmar, bei denen für Freiheit kämpfende Menschen niedergeschossen werden, oder im Libanon wo unter dem Vorwurf des Terrorismus Protestierende verhaftet werden und potentiell zum Tod verurteilt werden könnten.

Diese Kämpfe gehören zusammen, ein Angriff auf eine einzelnen Person bedeutet immer einen Angriff auf die gesamte Bewegung. Zeit sich zu organisieren, zu vernetzen und dem rechten Diskurs entgegenzutreten. Für eine Welt ohne politische Gefangenschaft. Antifaschistische Politik sowie Solidarität mit den Betroffenen der Repression bleibt in Zeiten des Rechtsrucks notwendig. Antifaschismus lässt sich nicht verbieten!